

Gedenken an Karl und Rosa



Am 15. Januar 1919 wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg feige und hinterhältig von rechten Freikorpsoldaten ermordet und in den Landwehrkanal geworfen.

Am 16. Januar diesen Jahres trafen sich Suhler BürgerInnen, gemeinsam mit Bürgermeister Jan Turczynski, dabei GenossInnen der Linken und der SPD, um an die beiden SozialistenführerInnen mit Blumen und Gebinden im Stadtpark an der Stele zu gedenken. Eröffnet wurde das Gedenken mit dem alten Arbeiterkampflied "Auf, auf zum Kampf, zum Kampf sind wir geboren..." Die Gedenksprachen hielten Jill-Noah Woita von der Linken und Vincent Kühn von der SPD, beide jungen Genossen sind in den Stadtvorständen ihrer Parteien. Jill-Noah, der in Vertretung der erkrankten Stadtvorstandsvorsitzenden Ronja Lenz die Rede hielt, würdigte den Kampf der beiden aufrechten Kämp-

fer gegen Ausbeutung und Krieg, besonders ging er auf das Zitat von Rosa Luxemburg ein "Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden". In Bezug auf unsere heutige Zeit stellte er fest, das dieses Zitat von vielen Menschen missbraucht wird, um über die Coronaschutzmaßnahmen zu wettern oder, angefeuert durch die AFD, gegen Flüchtlinge zu hetzen und Hass unter die Gesellschaft zu bringen. Sein Fazit: Solchem Hass muß man tapfer, unverzagt und lächelnd entgentreten. Auch Vincent Kühn betonte in seinem Beitrag, dass Solidarität die bessere Option als Hass auf Andersdenkende sei, auch wenn es gerade in Thüringen schwer sei. Man kann sagen, dass auch das Eröffnungslied für die Veranstaltung heute noch ebenso aktuell ist wie für die Zeit und Kämpfe in der Karl und Rosa lebten, vor 103 Jahren.

– ANNETTE FRITZ –

Wir gedachten am 16. Januar der Ermordung von Karl & Rosa vor 103 Jahren. Wir werden sie nie vergessen, weil ihre Ideen noch heute wichtig sind. Danke an Philipp Weltzien und die jungen Leute der Linken und SPD für ihre Worte. Rosa Luxemburg sagte: „Reden ist unser Privileg. Wenn wir ein Problem haben, das wir nicht durch Reden lösen können, dann hat alles keinen Sinn.“ Das gilt heute mehr denn je.

Gedenktag für die Opfer des NS und des Holocaust



Am 27. Januar 1945 wurde das Vernichtungslager Auschwitz von sowjetischen Soldaten befreit.

Seit 1998 wird am 27. Januar jeden Jahres der NS-Opfer und der

6 Mio. Juden, Opfer des Holocaust, gedacht.

In Suhl wurde 1998 im Rathaus eine Gedenktafel mit den 66 Namen von Suhler BürgerInnen, die vom NS Regime ermordet wurden, enthüllt, an welchem Blumen und Gebinde niedergelegt werden. Seitdem wurden an verschiedenen Plätzen in Suhl, wie vor Wohnhäusern in denen jüdische Mitbürger einst gelebt haben, sowie im Simson Gewerbepark Stolpersteine gelegt, die an die NS-Verbrechen an den jüdischen Mitbürgern erinnern. Die Gedenksprachen hielten der Suhler Oberbürgermeister André Knapp sowie

Genossin Heidemarie Schwalbe, die daran erinnerte, wie unmenschlich die jüdischen Mitbürger behandelt wurden, wie sie diskriminiert und denunziert wurden. Sie stellte dem aber auch entgegen, dass es aufrechte Menschen, wie den Suhler Künstler Alexander Gerbig gab, der sich bis zum Schluß hinter seine jüdischen Mitbürger stellte.

Sowohl Oberbürgermeister André Knapp als auch Genossin Heidi Schwalbe zogen in ihren Reden das Fazit, dass wir die Verbrechen nie vergessen dürfen, damit so etwas nie wieder geschieht.

– ANNETTE FRITZ –

Nötig: Vertrauen unter uns und von unseren Wählern

Es war der Tag, als uns die Meldung mit der Forderung nach der Vertrauensfrage an unsere Parteivorsitzenden überraschte. Nichts ist bei den Linken so omnipräsent wie der Streit, schrieb DIE WELT. Den Gedankenaustausch einiger Genossinnen wollten wir aber unabhängig von NEWS, weil uns wieder einmal große Sorgen umtreiben. Das Ergebnis der Bundestagswahl ist noch nicht verdaut, Christa Luft trat öffentlich aus der Partei DIE LINKE aus, die Welt scheint vor einem erneuten Krieg zu stehen, Mitglieder werden immer älter und immer weniger handlungsfähig... Was sagen wir zu den vielen offenen Problemen in dieser komplexen und widersprüchlichen Zeit? Dazu gehören auch solche Fragen, die Christa Luft in ihrer Erklärung zum Austritt aus der LINKEN zu Recht gestellt hat. Das alles bewegt uns sehr. Stimmt es, dass die Jahre des öffentlichen Streits unsere Partei so verändert haben, dass die unterschiedlichen Sichtweisen zwischen jungen und älteren, zwischen oben und unten nicht mehr miteinander diskutiert werden? Haben wir etwa eine Partei, in der es normal ist, dass Mitglieder übereinander herziehen, sich öffentlich angehen und inhaltliche

Beschlüsse kaum das Papier wert sind, auf dem sie stehen? Wir sagen NEIN!

Sigrid Schmidt betont, dass wir diese Zerstrittenheit nicht dulden dürfen! Pluralismus ist gut und unverzichtbar, aber letztlich müssen Mehrheiten entscheiden und alle danach handeln. Anders geht es nicht.

Klar, das Verhältnis zwischen Sozialisten aus Ost und West in der Partei hat sich verändert. Heute gibt es mehr West-Linker, die ganz andere Erfahrungen haben als wir Ossi. Es ist Zeit, dass wir uns erinnern, wie sich Linke nach der politischen Wende daran gemacht haben, Vertrauen wieder zu erarbeiten. Das war ein schwieriger Prozess. Ina kennt sich da gut aus. Es reicht nicht, allgemeine Erklärungen abzugeben, sondern man muss für die Menschen da und erlebbar sein. Auch Erfolge im Kleinen zählen. Sicherlich ist das schwieriger geworden. Hella Auerswald sagt, dass wir natürlich bereit sein müssen, den Staffelstab weiter zu geben. Die jungen Genossen sind anders, aber nicht weniger engagiert. Und wer weiß schon die richtigen Antworten. Das greift Sonja Reinhardt auf und hebt hervor, dass sie den Austritt als Konsequenz von Christa Luft nicht teilt.

Klar, mitregieren allein darf nicht das Kriterium sein. Es geht um Entscheidungen, die tatsächlich das Leben der Menschen verbessern. Aber wir dürfen unsere Partei nicht denen überlassen, die nur auf Karriere ausgerichtet sind. Warum sind Abgeordnete wie Fabio de Masi oder Jan van Aken nicht wieder angetreten? Warum haben wir fast keine jungen Genossen in der Bundestagsfraktion? Und eines ist auch klar: Es ist nicht egal, wer regiert!

Es falle oft schwer, sich ohne den Gedankenaustausch mit Genossen und Freunden zu den vielen aktuellen Problemen eine Meinung zu bilden. Deshalb, so Ina Leukefeld, sollten wir mindestens monatlich 1-mal in der „Rüsse“ zusammenkommen, um über das zu reden, was uns bewegt. Starten wir also am 16. 02., 15:00 Uhr in der Geschäftsstelle mit einem Gesprächsangebot. Nehmen wir uns Zeit, für Kommunikation miteinander, ohne Gast, ohne Thema, aber mit Zeit füreinander. Wir laden Interessierte jedenfalls dazu ein und hoffen, dass vielleicht Vorstandsmitglieder an unserer Diskussion teilnehmen.

– SONJA REINHARDT, SIGRID SCHMIDT,
HELLA AUERSWALD, INA LEUKEFELD –

Meinst du, die Russen wollen Krieg ?

Diese Zeilen von Jewtuschenko bewegen mich in diesen Tagen und gehen mir nicht aus dem Kopf. Angesichts der unsäglichen Russen-Phobie, die an die schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges erinnert, frage ich mich, ob die Millionen Opfer vergessen sind, die das sowjetische Volk in dem mörderischen, von Nazideutschland entfesselten Krieg bringen musste.

Die Truppenkonzentration an der russischen Grenze zur Ukraine und die verstärkte Militärpräsenz der Nato in Osteuropa machen mir Angst. Dieses Pulverfass kann jederzeit explodieren. Es ist meiner Meinung nach falsch, Russland als alleinigen Verursacher dieses Konfliktes zu brandmarken. An-

statt Russland als gleichberechtigten Partner auf der internationalen Bühne anzuerkennen, wird es vom Westen immer wieder provoziert. Laut Zahlen des Stockholmer Institutes für Friedensforschung gibt Russland 60 Milliarden Dollar für Rüstung aus. Das ist viel, aber im Vergleich zur Nato (1000 Milliarden Dollar, USA 778,2 und BRD 52,8) wenig. Nach Überzeugung von Frank Etrich, Professor für Soziologie an der Universität Erfurt, könnte Russland nicht mal eine Woche Krieg führen (UNZ 23-24/2021, Seiten 2,3). Als Argument für Putins angebliche Kriegsgelüste wird immer wieder die Annexion der Krim 2014 angeführt. Man mag sie als völkerrechtswidrig bezeichnen, aber in der Wahrnehmung Russlands besteht die Gefahr, dass auf der Krim Nato-Truppen und Mittelstreckenraketen stationiert werden könnten. Wie würden sich die USA in einem solchen Fall verhalten? Russland hat als das größte Land der Erde die längsten Grenzen. Deshalb hat die Sowjetunion als Bedingung für die Zustimmung zum Beitritt Deutschlands in die Nato verlangt, dass sie auf die Osterweiterung verzichtet. Daraufhin hat der damalige Außenminister der USA, James Baker, am 9. Februar 1990 im

Katharinensaal des Kremls erklärt, dass das Bündnis seinen Einflussbereich nicht einen Inch weiter nach Norden ausdehnen werde. Kohl und Genscher folgten dieser Linie in ihren Äußerungen gegenüber Gorbatschow. Gegen Zusagen von 2 Milliarden DM zuzüglich 3 Milliarden DM zinsloser Kredite verzichtete die Sowjetunion auf die schriftliche Zusage der Nichtausdehnung der Nato. Es ist trotzdem geschehen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass Putin eine schriftliche Zusage verlangt, dass die Nato auf eine weitere Ostausdehnung verzichtet.

Eine Lösung des Konflikts ist nur durch Verhandlungen auf friedlichem Wege möglich. Sowohl Russland als auch die Nato müssen mit dem Säbelrasseln aufhören. Die Nato sollte ihr Verhältnis zu Russland dringend ändern. Auch die Regierung der BRD muss zur Deeskalation beitragen. Dazu gehört, dass sie sich an die Koalitionsvereinbarungen hält und keine Waffen in die Ukraine liefert. "Frieden schaffen ohne Waffen" muss generell die Devise in der gesamten Außenpolitik der BRD sein. Dafür steht die LINKE und deshalb bin ich Mitglied dieser Partei.

– RENATEFINSTER –

Suhler ANDERE Zeitung Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE.Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag | **Preis:** eine Spende | **Herausgeber:** DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl | **Tel./Fax:** 03681/308158 | **Web:** www.die-linke-suhl.de | **e-Mail:** rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Ina Leukefeld | Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer März-Ausgabe 2022 ist am 23.02.2022.

Nach den ersten 100 Tagen...

Hallo, Ronja. Nun bist du schon ein Vierteljahr die Vorsitzende des Linken Stadtverbandes in Suhl. Nach den ersten 100 Tagen eine Bilanz zu ziehen, fällt sicher nicht leicht. Aber die ersten Aufgaben und Eindrücke kannst du uns sicher schildern, oder?

Das fällt tatsächlich nicht leicht, da während Corona und über die Feiertage nicht viel passiert ist. Es hat sich einiges geändert im Vorstand. Neben mir als Vorsitzender gibt es auch eine neue Schatzmeisterin. Außerdem sind mit dir, Ina, und Ilona Burandt zwei Menschen nicht mehr dabei, die jahrelang maßgeblich die Arbeit der Partei mitorganisiert haben. Der Vorstand musste sich also erstmal neu finden und wir sind immer noch dabei, herauszufinden, wie wir am besten zusammenarbeiten können. Aber ich denke, wir sind auf einem guten Weg. Wir haben ein gut durchmisches Team, das sowohl altbewährtes beibehalten wird, als auch neue Aufgaben meistern und neue Strukturen aufbauen können wird.

Die LINKE steht nach einem schlechten Wahlergebnis und dem Handeln danach unter heftiger Kritik. Wie bewertest du die aktuelle Situation?

Die Linke sollte sich wieder auf ihre eigenen Inhalte, Ansprüche und Ansichten besinnen. Die globale Situation um Klima und auch um Corona ist nicht einfach, aber wir sollten nicht versuchen, es jetzt allen Menschen recht machen zu wollen, sondern unsere Meinung zu vertreten. Dafür werden wir gewählt. Parteiinterne Konflikte auf Bundesebene spalten die Leute nur. Es gab einige Parteiaustritte und Wahlentscheidungen gegen uns, die darauf zurückzuführen sind. Das schadet nur und bringt niemanden weiter. Wir müssen zusammenstehen für linke Politik.

Corona macht es noch schwerer, um Mitglieder und Interessierte anzusprechen. Was hast du dir diesbezüglich vorgenommen?

Im Vorstand haben wir bereits darüber gesprochen und eine AG Öffentlichkeitsarbeit ins Leben gerufen, die sich mit diesen Themen beschäftigen wird. Wir werden auch unabhängig von Corona mehr auf social media setzen und sehen, welche bewährten und neuen Formate wir online und außerhalb des Internets nutzen wollen, um Menschen auf uns aufmerksam zu machen und zu informieren.

An welchen Stellen und Aktionen werden denn Mitglieder und

Sympathisanten der LINKEN gebraucht? Wo kann man mitmachen? Mitmachen können natürlich alle, die möchten. Ansprechpartner gibt es in der Geschäftsstelle und auf social media. Dann können zusammen entscheiden, in welchem Rahmen sich engagiert werden kann. Aus eigener Erfahrung kann ich nun sagen, wer möchte, kann sich viel beteiligen. Selbstverständlich ist aber auch Mitglied werden schon ein Beitrag, der helfen kann.

Worauf dürfen wir uns in diesem Jahr freuen? Wird es in Suhl wieder ein Sommerfest der LINKEN geben?

Ich muss mich selbst erst noch ein wenig orientieren, was Termine und Veranstaltungen angeht. Auch die Coronazahlen machen es uns sicher auch dieses Jahr noch nicht einfach, Präsenzveranstaltungen durchzuführen. Aber altbewährte Termine, wie das Sommerfest, behalten wir natürlich trotzdem im Blick und werden unser Bestes tun, um diese weiterführen zu können.

Vielen Dank für das interessante Gespräch und viel Erfolg für die weitere Arbeit.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE INA LEUKEFELD

Voller Arbeitsplan und linke Ideen für Suhl

Mit Beginn des neuen Jahres hat sich die Stadtratsfraktion, wie in den vergangenen Jahren, zu einem Arbeitsplan für das erste Halbjahr verständigt. Trotz vieler Ungewissheiten in einer immer noch unklaren Pandemie sind viele Themen zusammengekommen, die die Linksfraktion fernab von Corona in Suhl voranbringen will.

Im Mittelpunkt des Jahres 2022 wird demnach erneut die Diskussion um eine mögliche Fusion mit einem der umliegenden Kreise sein. Erste Gespräche sind dazu bereits angelauten. So gab es bereits Anfang Januar eine Videoschalt mit der linken Oberbürgermeisterin von Eisenach Katja Wolf, um von ihr mehr über die gemachten Erfahrungen bei der Fusion mit dem Wartburgkreis zu erfahren. Fortgesetzt wird diese Diskussion im Februar, wenn Sascha Bilay uns als Kommunalpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion Rede und Antwort steht. Gemeinsam werden wir nach den besten Lösungen für die Stadt Suhl und die Region suchen.

Flankiert wird die Einkreisungsdiskussion natürlich von den voraussichtlich wieder sehr schwierigen Haushaltsverhandlungen, die ab März auf der Tagesordnung stehen.

Noch im selben Monat werden wir die Gelegenheit nutzen und mit unserer Betrachtung und Bewertung für gerechte öffentliche Gebühren fortfahren. Bis dahin sind auch die konkreten Vorschläge für KITA-Gebühren auf dem Tisch.

Der schmerzhafteste Stadtumbau geht auch im elften Jahr des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes weiter. Gerade für Suhl-Nord braucht es endlich eine konkrete Perspektive. Konzepte hin zu einem reinen Gewerbegebiet sind nicht mehr zukunftsfähig. In Zusammenarbeit mit der zuständigen Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) werden wir eine im letzten Jahr vorgestellte Idee diskutieren. Erste Punkte eines möglichen Planes hin zu Wohnen-Lernen-Arbeiten der Zukunft sind vorgedacht und müssen jetzt präzisiert werden, den Auftakt dazu gibt es mit März.

Trotz fehlendem Kulturamtsleiter drängen wir weiterhin auf die Erstellung eines kommunalen Tourismuskonzeptes, welches klug mit der Region abgestimmt sein muss. Dass das nicht von ehrenamtlichen Stadträt:innen geschrieben werden kann, versteht sich von selbst; dennoch werden wir als Fraktion dort frühzeitig Akzente setzen und im April den Auftakt für ein Tourismuskonzept aus „Linker Sicht“ machen.

Der Mai steht ganz im Zeichen der Stärkung von Kindern und Jugendlichen. Dann liegt der Entwurf für ein neues Jugendbeteiligungskonzept vor, welches die Einbeziehung der jungen Leute auf völlig neue Füße stellen wird. Abgerundet wird die Jugendpolitik im Laufe des Jahres durch einen neuen Jugendförderplan, der unseren Anspruch an ein starkes soziales Netz in der Stadt Suhl weiter festigt.

Wenn die pandemische Lage es zulässt, werden wir in der zweiten Jahreshälfte den Fokus wieder mehr auf die Ortsteile lenken, zu dieser Zukunftsmusik aber später, zu gegebener Zeit.

– PHILIPP WELTZIEN –

Leserbrief: Ja, Ich bin geimpft!

Sogar 2x. Und geboostert. Und wenn nötig, würde ich auch noch in regelmäßigen Abständen Auffrischimpfungen machen. Angepasst an die aktuellen Mutationen.

Dazu wurde und werde ich nicht gezwungen! Das mache ich völlig freiwillig.

Ich empfinde es als Privileg unserer Gesellschaft, dass sich jeder gegen so eine durchaus gefährliche Krankheit wie Covid kostenlos impfen lassen kann. Dass ich als Erzieherin, die täglich ziemlich ungeschützt mit kleinen Menschen arbeitet, als eine der Ersten geimpft wurde.

Ich habe es getan, um mich und die Menschen, mit denen ich täglich im dienstlichen und privaten Bereich zu tun habe, vor schweren Verläufen zu schützen. Um wieder Normalität im Leben zu haben. In Läden bummeln zu gehen, Kino, Konzerte, Theater besuchen zu können, in Gaststätten lecker essen und sich mit Freunden und Familie treffen zu können. Nicht

zu vergessen, die neue Frisur, die Kosmetik und die Physiotherapie, die ich mir dadurch gönnen kann.

Vollständig Geimpfte machen möglich, dass alle diese Geschäfte arbeiten und ebenso wieder am täglichen Leben teilnehmen können.

Ja, manche Bestimmungen sind leider nicht ganz nachvollziehbar und es erschließt sich selten der Sinn dahinter. Aber niemand weiß wirklich, was richtig und was falsch ist. Es wird immer Menschen geben, denen die Maßnahmen falsch vorkommen und zu viel sind. Aber gleichzeitig wird es ebenso viele geben, die am liebsten noch mehr Schutzmaßnahmen hätten. Die Kunst es jedem recht zu machen, ist die Kunst die keiner kann! Das sagte schon immer meine Oma.

Auch das Impfen von Kindern erscheint vielen falsch. Aber hey! Würden sich alle Erwachsenen, die es gesundheitlich könnten, impfen lassen, müsste niemand an die Kinder ran. Dann wären sie durch uns „Große“

geschützt.

Ich verstehe die Ängste vor eventuellen Nebenwirkungen gut. Doch wenn man mal genau hinsieht, fällt auf, wie viele Dinge im täglichen Leben gefährlicher erscheinen. Da schaufeln wir Lebensmittel in uns hinein, deren Herkunft und Herstellung oft sehr fragwürdig ist. Nicht zu vergessen die bekannten Nebenwirkungen von Tabak und Alkohol. Oder auch die freiwillige Einnahme von Medikamenten, wie zum Beispiel die Pille, mit Nebenwirkungen und Packungsbeilagen, größer als ein Tisch-tuch. Oder denken wir an Impfungen, die wir gern in Kauf nehmen, wenn wir in den Urlaub an entlegenste oder exotische Orte in der Welt fliegen wollen.

Nehmen wir das Impfen und Testen als Chance an und nicht als Zwang. Und seien wir ein bisschen dankbarer, wenn dadurch vermeintlich kleine Dinge wieder möglicher werden!
–CLAUDIA HÖPFNER –



Zum Tod von Günther „Günni“ Trippler

Mit Günther Trippler verlieren wir nicht nur einen guten Genossen, sondern auch einen aufrichtigen Freund. Er war kein Mensch vieler Worte. Aber wo er anpackte, ersetzte er viele Hände. Seine wenigen Worte hatten Substanz und Tiefgang. Er hatte ein ausgeprägtes Gespür für Ungerechtigkeiten und auch für Fehlentwicklungen. Ja richtig, er war klug und erkannte Zusammenhänge in der großen Welt. Gleichzeitig hatte er aber sehr feine Antennen für das, was ihn unmittelbar im Alltäglichen umgab. Seine Worte waren abgründig ehrlich.

Günni schaute nicht auf die Uhr, wenn es um die Arbeit ging. Egal ob etwas auf- oder abgebaut werden musste, zentnerweise Material transportiert und

verstaubt werden musste, Reparaturen anstanden. In allem war er die Verlässlichkeit in Person. Günni musste man nicht lange betteln, er sah was zu tun ist.

Auch wenn er vergleichsweise spät den Weg in die Partei fand, so arbeitete er doch schon viele Jahre für die Partei. Wie wertvoll seine Arbeit war, werden wir erst wirklich ermessen können, wenn wir nun gezwungen sind, all das zu tun, was er uns über all die Jahre abgenommen hat.

„Gesprächsforum Alternativ“

am 23.2. 2022 um 19 Uhr in der Kulturbaustelle Suhl.

„Demokratie unter Schock“ mit dem Chefreporter der Thüringer Allgemeinen und Autor Martin Debes

Die Bundesrepublik erbebt, als in Thüringen am 5. Februar 2020 Thomas Kemmerich mit Stimmen von AfD, CDU und FDP zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Das Land wurde in seine schwerste politische Krise seit 1990 gestürzt. Die CDU wechselte ihre Führung in Berlin und Erfurt aus, sie zog die Grenzlinie zur AfD neu und duldete gleichzeitig erstmals eine Linke-geführte Landesregierung. Wie kam es zu dieser historischen Zäsur? Diskutiert wird mit dem Journalisten und Autor Martin Debes.

In seinem Buch „Demokratie unter Schock“ zeigt er auf, dass die Wahl Thomas Kemmerichs aus der Überforderung des etablierten Parteiensystems resultierte. Es versagte beim Umgang mit einer völlig neuen Mehrheitssituation. Weil sich die alten Lager gegenseitig lähmten, konnte die AfD das Landesparlament vorführen. Nicht nur dieses Ereignis und der Blick hinter die Kulissen machen die derzeitigen Gefahren für Demokratie deutlich. Martin Debes wurde für sein gut recherchiertes Buch, das einem Polit-Thriller gleicht, mit dem Preis „Journalist des Jahres 2021“ geehrt. – I.L. –

Termine Februar 2022

(Alle Termine vorbehaltlich der aktuellen Situation und der staatlichen Genehmigung)

- 07.02. 17.30 Uhr Fraktionssitzung, Geschäftsstelle
- 09.02. 14.00 Uhr Geburtstagsrunde, Geschäftsstelle
- 09.02. 17.30 Uhr Stadtvorstand, Geschäftsstelle
- 14.02. 17.30 Uhr Fraktionssitzung, Geschäftsstelle
- 16.02. 15.00 Uhr offener Treff (siehe Artikel), Geschäftsstelle
- 21.02. 17.30 Uhr Fraktionssitzung, Geschäftsstelle
- 23.02. 14.00 Uhr Seniorencafe, Geschäftsstelle
- 23.02. 19.00 Uhr Gesprächsforum Alternativ, Kulturbaustelle „Demokratie unter Schock“
- 28.02. 17.30 Uhr Fraktionssitzung, Geschäftsstelle
- 02.03. 17.00 Uhr Stadtrat, Simonsaal, CCS